

Niederschrift HFA/026/2012

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine
am 12.06.2012

Die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Angelika Kordfelder

Bürgermeisterin

Mitglieder:

Herr Udo Bonk	CDU	Ratsmitglied
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Frau Peggy Fehrmann	Fraktionslos	Ratsmitglied
Herr Jürgen Gude	CDU	Ratsmitglied
Frau Marianne Helmes	CDU	Ratsmitglied
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied
Herr Paul Jansen	CDU	Ratsmitglied
Herr Günter Löcken	SPD	Ratsmitglied
Herr Udo Mollen	SPD	Ratsmitglied
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	Alternative für Rheine	Ratsmitglied
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Jürgen Roscher	SPD	Ratsmitglied
Herr Falk Toczkowski	SPD	Ratsmitglied

Vertreter:

Herr Manfred Brinkmann	CDU	Vertretung für Herrn Stefan Gude
Herr Bernd Lunkwitz	FDP	Vertretung für Herrn Detlef Brunsch

Frau Theresia Overesch	CDU	ab 17:50 Uhr - TOP 5 Vertretung für Herrn Dieter Fühner
Herr Josef Wilp	CDU	Vertretung für Herrn Josef Niehues

Gäste:

Frau Esters-Gardeweg	bis 18:55 Uhr - TOP 15
Herr Kai Kröger	zu TOP 19

Verwaltung:

Herr Jan Kuhlmann	Erster Beigeordneter
Herr Axel Linke	Beigeordneter
Herr Werner Lütkeemeier	Stadtkämmerer
Herr Heinz Hermeling	Fachbereichsleiter FB 7
Frau Wiebke Gehrke	Pressesprecherin
Herr Michael Kramer	bis 18:55 - TOP 15
Herr Jürgen Wullkotte	Fachbereichsleiter FB 4
Frau Julia Kersting	Schriftführerin
Herr Werner Schröer	bis 18:58 - TOP 19
Herr Günter Strauch	bis 18:37 Uhr - TOP 9

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Detlef Brunsch	FDP	Ratsmitglied
Herr Dieter Fühner	CDU	Ratsmitglied
Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Niehues	CDU	Ratsmitglied

Frau Dr. Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 25 über die öffentliche Sitzung am 8. Mai 2012

0:00:52

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 8. Mai 2012 gefassten Beschlüsse

0:01:00

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt worden seien. Ein besonderer Bericht zu Anfragen und Anregungen sei nicht erforderlich, da diese nicht gestellt bzw. gegeben wurden.

3. Informationen

3.1. Auszeichnung Fair-Trade-Town

0:01:27

Frau Dr. Kordfelder informiert, dass die Stadt Rheine als Fair-Trade-Town ausgezeichnet worden sei und bedankt sich bei allen Beteiligten, insbesondere bei der Steuerungsgruppe.

3.2. Liquiditätslage der Stadt Rheine

0:02:27

Herr Lütke-meier berichtet, dass mit heutigem Stand ein Liquiditätskredit in Höhe von 11,1 Mio. € in Anspruch genommen werde.

3.3. Auflösung der Strategie- und Finanzkommission

0:02:55

Herr Lütke-meier informiert, dass im Rahmen der Diskussion um das Zeitmanagement im Rahmen der Entwicklung des Unternehmensleitbildes die Verwaltung die Auflösung der Strategie- und Finanzkommission vorgeschlagen habe. Die Strategie- und Finanzkommission wurde als Einrichtung der Verwaltung im Wesentlichen mit der Begleitung der Haushaltskonsolidierung befasst. Inzwischen habe sich das durch den Haupt- und Finanzausschuss und den Rat festgelegte und bewährte Verfahren zur Haushaltskonsolidierung einschließlich der Bürgeranregungen bewährt, sodass auf die Beteiligung der Strategie- und Finanzkommission verzichtet werden könne. Herr Lütke-meier informiert, dass die Verwaltung

die Strategie- und Finanzkommission daher mit sofortiger Wirkung auflöse. Die Einrichtung der Strategie- und Finanzkommission wurde dem Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung am 24. Mai 2005 zur Kenntnis gebracht. Beschlüsse wurden lediglich zur Besetzung und zur Aufgabenstellung gefasst. Daraus ergebe sich, dass ein Aufhebungsbeschluss des Haupt- und Finanzausschusses nicht erforderlich sei.

Das vom Rat der Stadt am 12. April 2011 beschlossene Verfahren zur Umsetzung der beschlossenen Konsolidierungslisten 1 „Haushaltskonsolidierung“ und 2 „Handlungsansätze“ werde im Organisationsbereich des Fachbereiches 7/Projektmanagement weitergeführt, also die Beratung und Empfehlung der Fachausschüsse, Beschluss im Haupt- und Finanzausschuss und Bericht im Rat. Ebenso werde auch das Verfahren im Umgang mit den laufend eingehenden Bürgeranregungen weitergeführt.

3.4. Berichtswesen 2012; Stichtag 31. Mai 2012; Sonderprojekt "IHK Dorenkamp"

0:04:40

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass ein Vermerk zum Thema Berichtswesen 2012; Stichtag 31.05.2012; Sonderprojekt IHK Dorenkamp im Ratsinformationssystem eingestellt worden sei.

4. Jahresbericht 2011 der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen - Beratungsstelle Rheine - Vorlage: 248/12

0:05:40

Frau Esters-Gardeweg informiert anhand der als Anlage der Vorlage beigefügten PowerPoint-Präsentation ausführlich über den Jahresbericht 2011 der Verbraucherberatungsstelle Rheine.

Frau Dr. Kordfelder bedankt sich bei Frau Esters-Gardeweg. Feststellbar sei, dass die Verbraucherberatung stets flexibel sein müsse und sich auf Veränderungen im Themenspektrum einstellen müsse.

Frau Dr. Kordfelder ergänzt, dass Frau Esters-Gardeweg die neue Arbeitsgruppe „Internet“ des Kriminalpräventiven Rates SIR begleite. Die Arbeitsgruppe beschäftige sich schwerpunktmäßig mit sicherer und sorgsamer Internetnutzung. Frau Dr. Kordfelder befürwortet, dass Frau Esters-Gardeweg sich dort sehr engagiere.

Herr Bonk befürwortet die Präventivarbeit der Beratungsstelle und fragt an, ob die Finanzierung der Verbraucherberatungsstelle Rheine für die Zukunft gesichert sei.

Herr Reiske berichtet, dass das Thema Energiearmut immer weiter in den Vordergrund rücke und fragt an, was den betroffenen Menschen geraten werde, die die Verbraucherberatung dazu um Hilfe bitten und wie die Energieversorger damit umgehen.

Herr Reiske bezieht sich auf das Thema Schulverpflegung und fragt an, ob es Anregungen gebe, wie die Qualität in diesem Bereich gesichert werden könne und ob es eine Vernetzung zur Schulverwaltung gebe. Zuletzt möchte Herr Reiske wissen, wie das Altersspektrum der Kunden der Verbraucherzentrale aussehe und ob mehr Frauen oder Männer die Beratungsstelle aufsuchen.

Herr Roscher weist drauf hin, dass ältere Menschen zunehmend am virtuellen Geschehen teilnehmen. Er fragt an, inwieweit diese zur Kundschaft der Beratungsstelle zählen. Herr Roscher bezieht sich auf das Thema Energiearmut. Fraglich sei, ob es Anzeichen dafür gebe, dass insbesondere Familien oder Einzelpersonen, die bisher keine finanziellen Probleme hatten, durch die Energiearmut in eine Verschuldungssituation geraten seien oder ob es überwiegend Menschen seien, die ohnehin schon finanzielle Probleme haben.

Herr Ortel hält fest, dass die Unterteilung in Beratung und Existenzsicherung als symptomatisch angesehen werden könne für die Arbeit der Beratungsstelle. Herr Ortel fragt an, ob es aus der Erfahrung heraus konkrete Überlegungen gebe, deutliche Forderungen und Signale in Richtung Politik zuzusenden um Existenzprobleme der Kunden vermeiden zu können. Weiter sei fraglich, worin die Ursachen liegen, dass die Beratungen zu Themen wie Digital-TV, Telekommunikation, Internet und DSL rückläufig seien.

Herr Holtel fragt an, ob die Beratungen zur Energiearmut jahreszeitbedingt seien.

Frau Fehrmann fragt, ob es Prognosen dazu gebe, welche „Trendprobleme“ es in Zukunft neben der Energiearmut geben werde.

Frau Esters-Gardeweg informiert, dass die Finanzierung der Beratungsstelle gesichert sei. Eine Unterstützung könne jedoch gerade im Bereich der Prävention ausgebaut werden. Frau Esters-Gardeweg antwortet auf Nachfrage von Herrn Reiske, dass, wenn sich von der Energiearmut betroffene Verbraucher an die Beratungsstelle wenden, zunächst eine rechtliche Prüfung durchgeführt, die Möglichkeit der Ratenzahlung überprüft, der Kontakt zu den Stadtwerken hergestellt und ggf. an das Sozialamt bzw. Gericht verwiesen werde.

Zum Thema Schulverpflegung gebe es bei der Verbraucherberatung NRW das Projekt „Vernetzungsstelle Schulverpflegung“. Dort werden Qualitätsstandards für die Übermittagverpflegung in Ganztagschulen erarbeitet. Im vergangenen Jahr habe man auch Workshops dazu durchgeführt; diese werde es auch in diesem Jahr geben. Bei den Workshops werde die Schulverwaltung informiert und die Schulen angeschrieben. Frau Esters-Gardeweg antwortet auf Nachfrage zur Altersstruktur, dass sich junge und alte Menschen an die Verbraucherberatung wenden, je nach Anfrage sei eine bestimmte Altersklasse vertreten. Es gebe keine Erhebung dazu, ob mehr Männer oder Frauen die Beratung in Anspruch nehmen, vermutlich sei es aber ausgeglichen.

Von der Energiearmut seien nicht nur Haushalte betroffen, die von Transferleistungen leben, sondern zunehmend auch Arbeitnehmerhaushalte mit einem geringen Erwerbseinkommen.

Frau Esters-Gardeweg bezieht sich auf die Frage von Herrn Ortel zu Forderungen an die Politik und erläutert, dass man sich ein präventives Angebot wünsche und einen runden Tisch, bei dem alle betroffenen Einrichtungen zusammenarbeiten, ähnlich wie bei der Arbeitsgruppe „Internet“. Frau Esters-Gardeweg erklärt, dass Beratungen zum Thema „Internetabzocke“ rückläufig seien, weil die Novelle des

Telekommunikationsgesetzes vorsehe, dass Verbraucher über eine Button-Lösung explizit auf einen Preishinweis gestoßen werden müssen. Der Rückgang werde durch neue „Maschen“, beispielsweise im Bereich der Urheberrechtsverletzungen, wieder ausgeglichen.

Frau Esters-Gardeweg bezieht sich auf die Nachfrage von Herrn Holtel und erläutert, dass Energiearmut nicht klimaabhängig sei, es sei ein Ganzjahresthema. Es werde immer Verbraucher geben, die sich vor Vertragsabschluss über Produkte informieren möchten. Die großen Herausforderungen werde es in der digitalen Welt, im Telekommunikationsbereich und in der sozialorientierten Beratung geben, erklärt Frau Esters-Gardeweg auf die Frage von Frau Fehrmann.

Herr Brinkmann regt an, die Kunden, die die Energie von den Stadtwerken abnehmen, direkt in das Beratungsbüro der Stadtwerke zu schicken.

Frau Esters-Gardeweg teilt mit, dass die Kunden meistens beim Beratungsbüro der Stadtwerke gewesen seien und anschließend zur Verbraucherberatung kommen, da sie für ihre Problematik keine Lösung gefunden haben. Die Verbraucherberatung führt dann zunächst die rechtliche Überprüfung durch und nimmt anschließend Kontakt mit den Stadtwerken auf, um eine Lösung zu finden.

Frau Esters-Gardeweg bietet an, bei dem Aufsichtsrat der Stadtwerke das Konzept der Energiearmut vorzustellen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Jahresbericht 2011 der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen - Beratungsstelle Rheine - zur Kenntnis.

5. Soziale Stadt Dorenkamp - Projektbeginn Stadtteilmanagement und Teilraumanalyse Wohnungsmarkt Vorlage: 245/12

0:45:51

Herr Kuhlmann bezieht sich auf ein Schreiben, das er den Ausschussmitgliedern geschickt habe. In dem Schreiben habe er formuliert, dass man das Projekt auf den Weg gegeben habe, da man keine Zeit hatte, die projektbegleitende Arbeitsgruppe einzuberufen. Man wolle nicht den damals getroffenen Beschluss, dass der Rat der Stadt Rheine zur Projektbegleitung ein Arbeitsgremium bilde, ignorieren. Bislang habe man lediglich die Vorbereitung für den Einstieg getroffen. Es müsse eine europaweite Ausschreibung gemacht werden. Dies sei kein politisches, sondern ein verwaltungstechnisches Thema.

Herr Bonk befürwortet den Beginn des Projektes. Die projektbegleitende Arbeitsgruppe hätte man trotz allem für eine konstituierende Sitzung einberufen können. Vielleicht hätte man über den Bewilligungsbescheid sprechen bzw. der Arbeitsgruppe diesen zeigen können. Herr Bonk bittet darum, eine Kopie des Bescheides zu erhalten.

Frau Dr. Kordfelder erinnert, dass man in der letzten Zeit im Zusammenhang mit der Umsetzung des Unternehmensleitbildes intensiv über das Thema Zeitmanagement gesprochen habe. Die Forderung der Ratsmitglieder sei der Abbau von

Sitzungsintervallen gewesen. Das operative, detaillierte Umsetzungsgeschäft sei ein Geschäft der laufenden Verwaltung. Frau Dr. Kordfelder weist darauf hin, dass die Arbeitsgruppenmitglieder darauf vertrauen können, alle wichtigen Informationen zu bekommen.

Herr Bonk macht deutlich, dass das Projekt „Soziale Stadt“ kein kleines Projekt sei. In der Vergangenheit habe man die Erfahrung gemacht, dass bei größeren Projekten Arbeitsgruppen effektiv gearbeitet und dafür gesorgt haben, dass Kosten reduziert worden seien. Es sei wichtig, dass eine Arbeitsgruppe bei diesem Projekt einberufen werde.

Herr Roscher befürwortet, dass die ersten Schritte für die Umsetzung des Projektes eingeleitet werden. Die SPD-Fraktion habe sich bereits in der Vergangenheit dafür ausgesprochen, dass bei dem Volumen keine Arbeitsgruppe nötig sei.

Herr Holtel entgegnet, dass er es für richtig halte, dass sich eine Arbeitsgruppe auch bei geringerem Volumen mit der Materie beschäftige. Es scheint, dass die Vorlage nicht auf alle Gegebenheiten eingehe.

Herr Kuhlmann erklärt, dass es um eine Ausschreibung gehe. Bei der Auswahl der Gutachterbüros werde die Politik natürlich mit eingebunden.

Frau Fehrmann bemängelt, dass sie von der Diskussion nichts gewusst habe und appelliert daran, Informationen über Projekte zur Verfügung zu stellen. Wenn das Projekt gestartet werde, sollten die Bürger informiert werden.

Frau Dr. Kordfelder informiert, dass der Rat beschlossen habe, mit diesen Entscheidungen in das Arbeitsgremium zu gehen, um dann anschließend gemeinsam zu beschließen, dass die Teilprojekte auf den Weg gebracht werden.

Herr Ortel befürwortet den Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt den Beginn der Teilprojekte Stadtteilmanagement und Teilraumanalyse Wohnungsmarkt im Rahmen der Maßnahme Soziale Stadt Dorenkamp.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. Umbau Bürgerbüro Vorlage: 247/12

0:56:04

Herr Bonk erläutert, dass der Umbau wünschenswert und notwendig sei, aber man könne keine Kosten von über 700.000 € einfach wegstecken. Die CDU-Fraktion sei der Meinung, dass heute noch kein Beschluss gefasst werden soll. Bei dem Alten Rathaus handle es sich um ein marodes Gebäude, bei dem noch viele Dinge auf die Stadt Rheine zukommen werden. Die CDU-Fraktion bittet die Verwaltung, für das Gebäude eine Gesamtplanung zu erstellen. Die Gesamtplanung soll ein Raumkonzept, einen Zeitplan und einen Kostenplan beinhalten.

Wenn diese Gesamtplanung vorliege, könne man anhand eines Zeitrasters entscheiden, welche Maßnahmen zwingend notwendig seien und welche aufgeschoben werden können. Für den Umbau seien Mittel aus der Bauunterhaltung vorgesehen. Diese Mittel seien dafür auch notwendig, aber diese Mittel werden auch in anderen Bereichen benötigt. Mindestens ebenso notwendig, wenn nicht sogar notwendiger sei die Renovierung der Räumlichkeiten des Emsland-Gymnasiums. Die CDU-Fraktion beantragt, heute keinen Beschluss zu fassen. Es soll ein Gesamtkonzept für das Gebäude mit Raumkonzept, einem Zeitplan und einem Kostenplan erstellt werden.

Frau Dr. Kordfelder weist auf den schlechten Zustand der Sanitäreinrichtungen im Alten Rathaus hin. Trauungen als Dienstleistung im Alten Rathaus durchzuführen sei bei dem Zustand inakzeptabel. Frau Dr. Kordfelder bittet darum, der Umbaumaßnahme zuzustimmen.

Herr Roscher zeigt auf, dass es in der Überschrift der Vorlage um einen Beschlussvorschlag gehe, der das Bürgerbüro betreffe. Im weiteren Text werde deutlich, dass es um viel mehr gehe. Unter Punkt 4 werde aufgezeigt, dass im Gebäude Risse auftreten. Zu Bedenken sei auch, dass das Bürgerbüro das Entrée für den Bürger sei. Dort habe er die meisten Kontakte mit der Stadtverwaltung. Die SPD-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Frau Fehrmann erläutert, dass ein Verkauf des Alten Rathauses sinnvoll sei, um Geld für die Stadt Rheine zu generieren. Das Bürgerbüro solle dann in die Mall verlegt werden, da es dort sehr viele Leerstände gebe.

Herr Reiske erläutert, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Misstand anerkenne, werde aber dem Beschlussvorschlag aufgrund der schlechten Haushaltslage nicht zustimmen.

Herr Ortel macht deutlich, dass es in der AfR-Fraktion eine hohe Zustimmung zum grundsätzlich Anliegen gebe. In der Fraktionssitzung sei aber die Frage aufgetreten, inwieweit das Gesamtgebäude sanierungsbedürftig sei und ob hier nur ein Teilbereich der insgesamt unvollständigen Gesamtdarstellung vorgestellt werde und andere Dinge dann sukzessive hinterherkommen. Die Frage nach einem Gesamtplan sei in der Fraktionssitzung auch aufgetreten. Herr Ortel bezieht sich auf den Antrag der CDU-Fraktion und bittet um einen Zeitplan. Man könne den Umbau nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben.

Herr Holtel hält fest, dass eine Notwendigkeit des Umbaus des Alten Rathauses eindeutig gegeben sei. Fraglich sei, in welchem Zeitfaktor saniert werden müsse.

Herr Bonk stellt klar, dass auch die CDU-Fraktion die Notwendigkeit der Maßnahme sehe. Es müsse vorab ein Gesamtkonzept vorgelegt werden. In den Haushaltsplanberatungen könne man konkret sagen, was durchgeführt werde, sodass man 2013 mit einem Umbau beginnen könnte.

Herr Mollen entgegnet, dass die Sanierung des Alten Rathauses schon sehr lange diskutiert werde. Die Vorlage sei in dieser Erwartung auch gekommen. Verwunderlich sei, dass in der gestrigen Fraktionsvorsitzendenbesprechung keine Bedenken zur Vorlage angemeldet worden seien.

Herr Bonk erläutert, dass die CDU-Fraktion nach einer längeren Pause gestern erstmalig wieder getagt habe.

Herr Kuhlmann stellt klar, dass es in weiten Teilen einen Konsens gebe. Das Alte Rathaus habe einen Sanierungsbedarf, und es müsse geprüft werden, welche Maßnahmen direkt und welche voraussichtlich später durchgeführt werden. Die Vorlage müsse dafür eventuell neu aufgebaut werden. Es soll keine Luxussanierung für die Mitarbeiter gemacht werden. Wenn man sich vor Augen halte, welche Gelder für Stadtmarketing, Stadtwerbung und Monitoring an anderen Stellen ausgegeben werde, dann sei das Erreichen von 60.000 Bürgern durch ein vernünftiges Ambiente im Alten Rathaus durchaus auch den einen oder anderen Euro wert. Auch die Themen Geheimhaltung und Datenschutz müssen beachtet werden. Herr Kuhlmann informiert, dass viele Beschwerden zu dem Zustand des Wartebereiches eingehen.

Herr Kuhlmann gibt an, dass er keine Vollplanung für das gesamte Haus machen könne. Es sei derzeit auch personell nicht umsetzbar. Herr Kuhlmann bezieht sich auf die Aussage von Frau Fehrmann. Das Bürgerbüro in die Mall zu verlegen sei nicht sinnvoll. Es gebe dort sehr hohe Nebenkosten. Auch diese habe man bereits geprüft. Herr Kuhlmann bezieht sich auf die Aussage von Herrn Bonk zum Thema Schulsanierung. Die Schulen in Rheine seien in einem sehr guten Gesamtzustand. Herr Kuhlmann schlägt vor, die notwendigen Maßnahmen, die benötigt werden, um das Gebäude des Alten Rathauses halten zu können und zu einer vernünftigen Arbeitsstätte und zu einem Aufenthaltsbereich für Kunden zu machen, zu priorisieren.

Frau Dr. Kordfelder schlägt vor, die Vorlage zurückzunehmen. Der Antrag der CDU-Fraktion werde als eingebracht betrachtet und es werde ein kleiner Arbeitskreis mit den Fraktionsvorsitzenden, dem Bauausschussvorsitzenden oder Vertretern der Fraktionen zu dem Thema gebildet, um eine weitere Konkretisierung des Komplexes Altes Rathaus vorzunehmen.

Herr Brauer hält es für sinnvoll die Vorlage zu vertagen und vorab im Bausschuss zu bearbeiten und anschließend wieder im Haupt- und Finanzausschuss zu beschließen.

Herr Bonk entgegnet, dass der Vorschlag von Herrn Kuhlmann gut sei. Die Vorlage soll zurückgenommen und anschließend eine Priorisierung durchgeführt werden. Ein Arbeitskreis sei nicht nötig.

Frau Dr. Kordfelder macht deutlich, dass sie sehr betroffen davon sei, mit welchen Argumenten die Wertigkeit eines bürgerorientierten Servicebereiches und die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hintenangestellt werden. Das gemeinsame Ziel des Unternehmensleitbildes, bürger- und mitarbeiterorientiert zu arbeiten und entsprechende Servicebereiche vorzuhalten, sollte man gemeinsam verfolgen.

Herr Ortel merkt an, dass das grundsätzliche Anliegen von keiner Seite infrage gestellt werde.

Herr Wilp weist darauf hin, dass er gestern zum ersten Mal das Thema „Umbau Bürgerbüro“ zur Kenntnis genommen habe. Mehr als 50 % in der Fraktion kennen den Rahmen bislang nicht. Rückfragen dazu seien daher nachvollziehbar. Dass bestimmte Maßnahmen notwendig seien, habe niemand infrage gestellt. Es

liege ein Kommunikationsproblem vor. Wenn man den Rahmen, um den es gehe, deutlicher darstellen würde, dann würde vieles anders und besser laufen.

Frau Fehrmann macht deutlich, dass die geäußerten Bedenken nichts mit einer Geringwertschätzung der Mitarbeiter oder Bürger zu tun haben.

Herr Roscher erinnert, dass zu Anfang ein Vergleich zwischen dem Bürgerbüro und dem Zustand von Schulen hergestellt wurde. Insoweit könnte der Eindruck von Geringwertschätzung entstanden sein.

Frau Dr. Kordfelder fasst zusammen, dass deutlich werde, dass sich prinzipiell alle für eine Umkonzeptionierung aussprechen und die Notwendigkeit unbestritten sei. Die Vorlage werde zurückgenommen und Herr Kuhlmann werde in einem kleinen Kreis weitere Konkretisierungen vornehmen.

7. Sachstandsbericht Konjunkturprogramm II Vorlage: 256/12

1:27:29

Herr Wilp hält fest, dass er in den letzten 10 – 15 Jahren nur 2 geförderte Programme miterlebte habe, die der Stadt Rheine gut getan haben. Programme, bei denen der Rat das bestimmende Gremium gewesen sei und die Schwerpunkte selber festlegen konnte. Es habe eine hervorragende Zusammenarbeit zwischen Rat, Verwaltung und Bürgerschaft gegeben. Das erste Programm sei die REGIONALE 2004 gewesen und das zweite das Konjunkturprogramm II.

Frau Dr. Kordfelder weist drauf hin, dass die Stadt Rheine ab 2014 zur Rückzahlung der Mittel aus dem Konjunkturpaket II verpflichtet sei.

Herr Ortel merkt an, dass ohne diese Mittel die Welt in Rheine eine andere wäre.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Bericht über die Abwicklung der Projekte aus dem Konjunkturprogramm II zur Kenntnis.

8. Berichtswesen 2012, Stichtag 31. Mai 2012, Fachbereich 3 - Recht und Ordnung Vorlage: 249/12

1:33:57

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 3 – Recht und Ordnung mit dem Stand der Daten vom 31. Mai 2012 zur Kenntnis.

**9. Berichtswesen 2012, Stichtag 31. Mai 2012, Fachbereich 4 - Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement
Vorlage: 254/12**

1:34:17

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 4 – Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement mit dem Stand der Daten zum 31. Mai 2012 zur Kenntnis.

**10. Berichtswesen 2012, Stichtag 31. Mai 2012, Fachbereich 7 - Interner Service
Vorlage: 227/12**

1:34:40

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 7 - Interner Service mit dem Stand der Daten vom 31. Mai 2012 zur Kenntnis.

**11. Berichtswesen 2012, Stichtag 31. Mai 2012, Sonderbereich 0 - Politische Gremien und Verwaltungsführung
Vorlage: 226/12**

1:34:57

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Sonderbereich 0 - Politische Gremien und Verwaltungsführung mit dem Stand der Daten vom 31. Mai 2012 zur Kenntnis.

**12. Berichtswesen 2012, Stichtag 31. Mai 2012 - Sonderbereich 9 - Zentrale Finanzleistungen
Vorlage: 255/12**

1:35:19

Herr Lütke-meier ergänzt, dass seit gestern auch die bisher noch fehlenden Erkenntnisse aus den Fachbereichen 2 und 5 vorliegen. Beim Fachbereich 5 – Planen und Bauen seien im Ergebnisplan keine Abweichungen zu verzeichnen. Beim Fachbereich 2 – Jugend, Familie und Soziales sei derzeit im Ergebnisplan eine negative Abweichung, d. h. eine Budgetüberschreitung bezogen auf das Jahresende in einer Höhe von insgesamt 450.000 € zu erwarten. Unter Berücksichtigung der höheren Personalaufwendungen aufgrund des im März 2012 geschlossenen Tarifvertrages für die tariflich Beschäftigten im Bund und in den Kommu-

nen in Höhe von 150.000 € und der in der letzten Ratssitzung beschlossenen Ermächtigungsübertragungen im Ergebnisplan aus dem Haushaltsjahr 2011 in Höhe von 200.000 € ergebe sich für den Gesamt-Ergebnisplan 2012 eine Erhöhung des Fehlbetrages um 800.000 € auf voraussichtlich rund 14 Mio. Euro. Damit komme es hinsichtlich der Eigenkapitalreduzierung doch zu einer Überschreitung des maßgeblichen Schwellenwertes in Höhe von rund 180.000 €. Da jedoch weder für 2011 nach den jetzt vorliegenden Ergebnissen zum Jahresabschluss noch für 2013 aus der vorliegenden Finanzplanung weitere Überschreitungen absehbar seien, ergebe sich hieraus aktuell aber keine Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes.

Die voraussichtliche Budgetüberschreitung im Fachbereich 2 habe im Wesentlichen folgende Ursachen. Kostensteigerungen seien nach den durchgeführten Hochrechnungen auf das Jahresende in der Erziehungshilfe mit insgesamt 660.000 € zu erwarten. Dagegen werde bei der Tagespflege und bei der Sozialpädagogischen Familienhilfe mit Minderaufwendungen von 110.000 € gerechnet. Aufgrund des Anstiegs der Kostenerstattungsfälle in der Erziehungshilfe werden Mehrerträge in Höhe von 100.000 € erwartet. Herr Lütkemeier verweist im Übrigen auf die detaillierte Berichterstattung im zuständigen Jugendhilfeausschuss. Das Aufkommen der Gewerbesteuer liege aktuell noch 3 Mio. Euro unter dem Haushaltsansatz von 33 Mio. €. Man gehe davon aus, dass die noch bestehende Lücke bis zum Ende des Haushaltsjahres geschlossen werden könne. Anzeichen größerer negativer Entwicklungen seien jedenfalls zurzeit nicht zu erkennen. Herr Lütkemeier merkt an, dass die Ergebnisse der Regionalisierung der Steuerschätzung ungewöhnlicherweise bis heute immer noch nicht vorliegen. Aus diesem Grund lassen sich derzeit auch noch keine hierdurch abgesicherten Prognosen für Veränderungen bei den Gemeindeanteilen an der Einkommensteuer und an der Umsatzsteuer abgeben. Man gehe allerdings für beide Steuerarten grundsätzlich von positiven Veränderungen aus, die wahrscheinlich auch dazu führen könnten, dass der oben angesprochene Schwellenwert hinsichtlich der Eigenkapitalreduzierung letztlich doch nicht überschritten wird. Herr Lütkemeier versichert, dass man hierüber unmittelbar nach Bekanntgabe der Ergebnisse der Regionalisierung der Steuerschätzung berichten werde.

Herr Bonk erläutert, dass der Bericht deutlich mache, wie schnell man den maßgeblichen Schwellenwert erreichen könne. Die Aussicht, dass der Schwellenwert nicht erreicht werde, könne nicht das Ziel sein. Haushaltskonsolidierung müsse das Ziel sein. Bei den nächsten Haushaltsplanberatungen werde man auf Punkt und Komma achten.

Herr Roscher ergänzt, dass alle möglichen Anstrengungen unternommen werden müssen, um einen ausgeglichen Haushalt zu erreichen. Herrn Lütkemeiers Worten habe man entnehmen können, dass die Stadt strukturelle Probleme habe. Es müsse nach wie vor die Forderung an Bund und Land aufrechterhalten werden, dass die Kommunen mit finanziellen Mitteln ausgestattet werden, damit sie die übertragenen Aufgaben auch wahrnehmen können.

Herr Wilp hält fest, dass die Stadt Rheine Entlastung im sozialen Bereich benötige.

Herr Lütkemeier antwortet auf Nachfrage von Herrn Wilp, dass der Entwurf des Jahresabschlusses 2011 noch nicht ausgefertigt sei.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Sonderbereich 9 – Zentrale Finanzleistungen mit dem Stand der Daten vom 31. Mai 2012 zur Kenntnis.

**13. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss
Vorlage: 250/12**

1:43:45

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss kommt nach Prüfung der dieser Vorlage als Anlage beigefügten Anregung bzw. Beschwerde im Sinne des § 24 Gemeindeordnung NW zu folgendem Ergebnis:

Verweisung der Eingabe zur Beratung und Entscheidung an den Stadtentwicklungsausschuss „Planung und Umwelt“.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

14. Einwohnerfragestunde

1:44:07

Es folgen keine Wortmeldungen.

15. Anfragen und Anregungen

15.1. DSL-Leitung in Hauenhorst, Anregung von Herrn Holtel

1:44:26

Herr Holtel erinnert, dass die Stadt Rheine durch einen Antrag beim Regierungspräsidenten dafür gesorgt habe, dass die Telekom beauftragt wurde, für Glasfaser- und DSL-Anschlüsse in einigen Stadtteilen von Rheine zu sorgen. Herr Holtel merkt an, dass er mehrfach darauf hingewiesen wurde, dass die Telekom Bürgern aus Hauenhorst gesagt habe, dass man keinen Vertrag mit einer bestimmten Leistung, beispielsweise DSL 6000 abschließen könne, da die Leistung dort nicht bereitgestellt werden könne. Herr Holtel weist darauf hin, dass sein PC diese Leistung abrufen könne. Er vermutet, dass die Mitarbeiter der Telekom nicht über die nötigen Informationen verfügen, und bittet darum, dass die Stadt Rheine dafür Sorge trage, dass die Mitarbeiter der Telekom die aktuellen Informationen bekommen und diese dann an die Bürger weitergeben.

Frau Dr. Kordfelder entgegnet, dass man sich darum kümmern werde.

15.2. Fernradwanderwege, Anfrage von Herrn Reiske

1:46:06

Herr Reiske teilt mit, dass Frau Rudolph vom Verkehrsverein in der gestrigen Fraktionssitzung das Programm „Urlaubsziel Heimat“ vorgestellt habe. Dort habe es den Hinweis gegeben, dass die Fernradwanderwege nicht durch die Innenstadt von Rheine führen, sondern um Rheine herum. Herr Reiske bittet zu prüfen, ob es sinnvoll sei, diese Radwanderwege über den Marktplatz zu führen, um temporär mehr Menschen in Rheine zu halten.

Frau Dr. Kordfelder versichert, dass er eine Rückmeldung bekommen werde.

Ende des öffentlichen Teils:

18:55 Uhr

Dr. Angelika Kordfelder
Bürgermeisterin

Julia Kersting
Schriftführer